

Berufsorientierung für jugendliche Flüchtlinge als Kooperationsaufgabe

Köhling, Karola; Stöbe-Blossey, Sybille

Veröffentlichungsversion / Published Version
Kurzbericht / abridged report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Köhling, K., & Stöbe-Blossey, S. (2018). *Berufsorientierung für jugendliche Flüchtlinge als Kooperationsaufgabe*. (FGW-Impuls Vorbeugende Sozialpolitik, 13). Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-66349-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

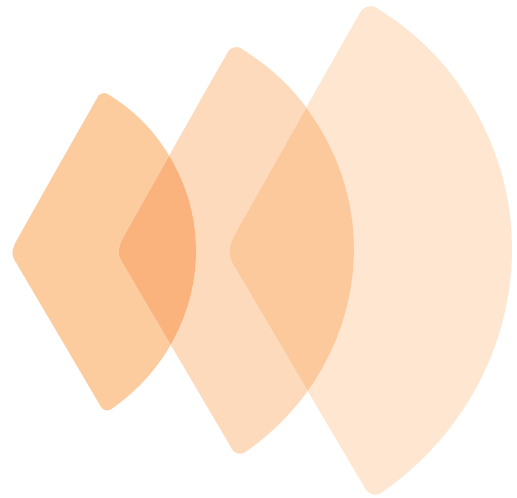
Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



Berufsorientierung für jugendliche Flüchtlinge als Kooperationsaufgabe

Karola Köhling, Sybille Stöbe-Blossey



Auf einen Blick

- Für die Integration jugendlicher Flüchtlinge spielen die Berufskollegs eine Schlüsselrolle. Eine Vernetzung mit anderen Akteuren aus sozial- und bildungspolitischen Feldern in den Kommunen ist notwendig, um die Jugendlichen angemessen unterstützen zu können.
- Herausforderungen und Potenziale lokaler Kooperation bestehen darin, an vorhandene Strukturen anzuknüpfen, den Bedarf an (einer Weiterentwicklung von) Zusammenarbeit gezielt zu ermitteln und Handlungsweisen nachhaltig zu systematisieren.

Jugendliche Flüchtlinge als Zielgruppe vorbeugender Sozialpolitik

Junge Menschen mit Fluchterfahrung müssen oft traumatische Erlebnisse verarbeiten, sich dabei in einem fremden Land zurechtfinden, die Sprache erlernen und gleichzeitig den Übergang *Schule-Ausbildung-Beruf* bewältigen, der für alle Jugendlichen eine Herausforderung darstellt. Berufsorientierung soll einerseits Chancen der Teilhabe eröffnen und andererseits die Entfaltung der individuellen Potenziale unterstützen. Somit stellt Berufsorientierung ein Element vorbeugender Sozialpolitik dar, deren Gelingen Lösungsbeiträge aus unterschiedlichen Politikfeldern erfordert: aus dem Schulsystem, der Jugendhilfe und der Arbeitsmarktpolitik.

Im nordrhein-westfälischen Schulsystem werden 16- bis 18-jährige Flüchtlinge zunächst in einer einjährigen *Internationalen Förderklasse* (IFK) am Berufskolleg gefördert; über 18-Jährige haben unabhängig von ihrem Bildungsstand weder die Pflicht zum Schulbesuch, noch haben sie einen Anspruch darauf. Ziele der IFK sind Spracherwerb, Berufsorientierung und die Vorbereitung auf einen (Haupt-) Schulabschluss. Sie kann einmal wiederholt werden, was in der Praxis eher die Regel als die Ausnahme darstellt. Im Anschluss ist ein Übergang in weitere Bildungsgänge möglich: in duale Ausbildung, Ausbildungsvorbereitung, vollzeitschulische Berufsausbildung oder einen Bildungsgang mit weiterführendem Schulabschluss. Die Jugendhilfe ist nach dem SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) für die Jugendsozialarbeit und für individuelle Hilfen sowie für die Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen zuständig. Die Arbeitsagenturen (SGB III, Arbeitsförderung) stellen Beratungs- und Vermittlungsangebote bereit, die von geflüchteten Jugendlichen bereits genutzt werden können, wenn sie (bzw. ihre Familien) sich noch im Asylverfahren befinden. Nach der Anerkennung eines Asylantrags übernimmt das Jobcenter (SGB II, Grundsicherung) das Fallmanagement. Während der ausländerrechtliche Aufenthaltsstatus im Schulsystem keine Rolle spielt, beeinflusst er die individuellen Möglichkeiten des Übergangs in eine duale Ausbildung und den Arbeitsmarkt; eine ungünstige Bleibeperspektive bedeutet hier eine erhebliche Einschränkung.



Der Einblick in die Vielfalt der Beteiligten zeigt, dass eine vorbeugende Sozialpolitik Lösungsbeiträge aus verschiedenen, nicht nur sozial-, sondern auch bildungspolitischen Politikfeldern miteinander verbinden muss: Bildung schafft Voraussetzungen für soziale, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe und ist somit ein wesentliches vorbeugendes Element für die positive Entwicklung des Lebenslaufs. Dabei kommt der Vorbereitung und Begleitung von Übergängen – die für das Individuum oftmals kritische Phasen darstellen – eine besondere Bedeutung zu. Um die Adressat_innen frühzeitig zu erreichen, setzt vorbeugende Sozialpolitik an Regelinstitutionen (bspw. Kindertageseinrichtungen und Schulen) an. Diese werden durch Fachdienste unterstützt, deren Leistungen den Adressat_innen damit niederschwellig, also auf unkomplizierte Weise zugänglich gemacht werden.

Das Forschungsprojekt

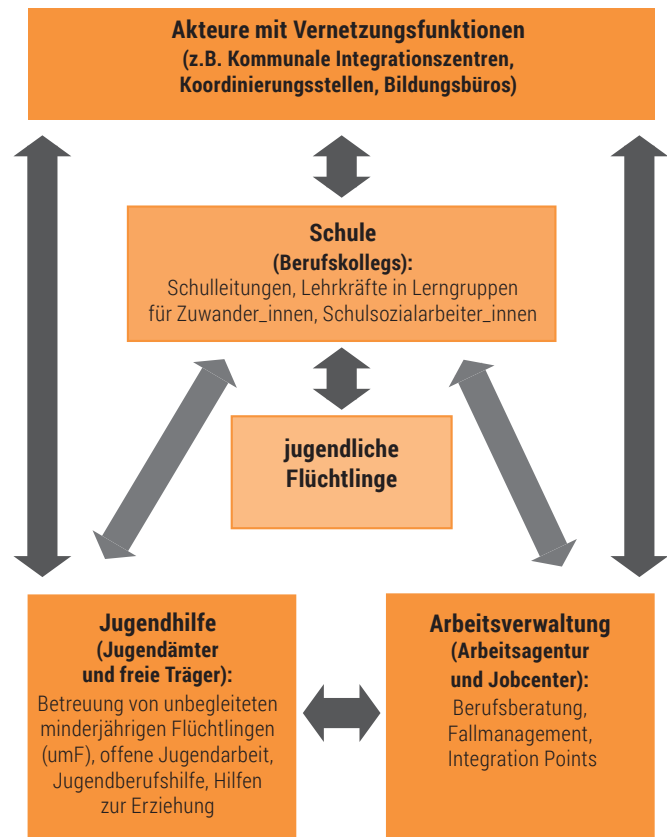
Die Forderung nach Kooperation ist ebenso plausibel wie anspruchsvoll: Akteure aus Feldern mit unterschiedlichen Strukturen, Aufgaben und Leitbildern sollen zusammenwirken, um ganzheitliche und adressatenbezogene Lösungen zu finden. Mit dem Ziel einer „passgenaueren, stärker präventiv ausgerichteten und aktiv gestaltenden Politik ‚aus einem Guss‘“¹ setzt vorbeugende Sozialpolitik oft auf lokale Vernetzung. In Nordrhein-Westfalen lassen sich vielfältige Formen der Förderung von Vernetzung feststellen. Von Bedeutung im Zusammenhang mit der Berufsorientierung für jugendliche Flüchtlinge sind vor allem drei Vernetzungsinstitutionen, die mit einer Landesförderung in (fast) allen kreisfreien Städten und Kreisen eingerichtet wurden: (1) Regionale Bildungsbüros für die Koordinierung von Bildungsnetzwerken, (2) Kommunale Koordinierungsstellen für die Umsetzung des Berufsorientierungsprogramms *Kein Abschluss ohne Anschluss* (KAoA) und (3) Kommunale Integrationszentren, die für die Verankerung der Integration als Querschnittsaufgabe und für die Förderung der Bildung von zugewanderten Kindern und Jugendlichen auf der Basis des Teilhabe- und Integrationsgesetzes zuständig sind.²

Probleme und Potenziale der Zusammenarbeit wurden in der Studie *Kooperation von Akteuren vorbeugender Sozialpolitik* am Beispiel der Berufsorientierung von jugendlichen Flüchtlingen untersucht. Im Mittelpunkt standen dabei qualitative Interviews mit lokalen Akteuren (vgl. Abbildung 1). Ausgewählte Ergebnisse werden im Folgenden vorgestellt.³

ABB. 1:

Akteure vorbeugender Sozialpolitik

Quelle: Eigene Darstellung



Komplexität als Informationsproblem

In der Studie zeigt sich, dass angesichts der Komplexität der Problematik, der Rechtslage und der damit verbundenen Zuständigkeitsverteilungen das Wissen der verschiedenen Akteure über die Aufgaben, Restriktionen und Handlungspotenziale der jeweils anderen von hoher Bedeutung ist, aber nicht vorausgesetzt werden kann. Die Leitung eines Bildungsbüros beschreibt daher ihre Rolle so: „Also wir übersetzen ganz oft das System des Einen und erklären es dem Anderen. Das heißt, eine Arbeitsagentur [...], der erklären wir erst mal, wie Schule organisatorisch funktioniert. Weil die das in der Regel auch nicht wissen. Der Schule erklären wir aber, warum eine Agentur an der Stelle darauf angewiesen ist, dass die Bleibeperspektive mit einer Rolle spielt. [...] Und Sie haben dann als Erstes natürlich ganz viel Unverständnis und ganz viel: ‚Aber es müsste doch eigentlich anders funktionieren!‘ Aber Sie merken schon, dass mit der Zeit aber deutlich wird, dass jeder sich ja in seinem



Regelsystem bewegt und die Zusammenschau es macht.“ Die Arbeit von Vernetzungsinstitutionen und die Bildung von Kooperationsgremien tragen dazu bei, dass wechselseitig Wissen vermittelt wird. Dieses Wissen erweitert nicht nur die Handlungsoptionen, indem die einzelnen Akteure Unterstützungsmöglichkeiten aus anderen Feldern kennenlernen, sondern es stärkt auch das Vertrauen, weil Verständnis für die Handlungsweisen der jeweils anderen entsteht.

Berufskollegs – das wenig bekannte Potenzial

Zu wenig bekannt sind die Potenziale der Berufskollegs. Die Vielfalt von aufeinander aufbauenden Bildungsgängen und Schulabschlüssen bietet gerade für Flüchtlinge Chancen, weil unterbrochene Bildungslaufbahnen stufenweise fortgesetzt werden können; allgemeine und berufliche Bildung können miteinander verbunden und ggf. nachgeholt werden, wie eine Lehrkraft betont: „Das ist ja der Charme am Berufskolleg, dass man ja wirklich eine Karriere hier starten und alle Schulabschlüsse machen kann.“ Diese Möglichkeiten unterscheiden sich jedoch von Kommune zu Kommune erheblich voneinander, so dass die Bildungschancen für geflüchtete Jugendliche von der jeweiligen lokalen Bildungslandschaft abhängen. Eine strategische Schulentwicklungsplanung für Berufskollegs fehlt in vielen Kommunen, und integrationspolitische Akteure (wie die Kommunalen Integrationszentren) können hier wenig Einfluss nehmen – ein Beispiel dafür, dass Vernetzungsinstitutionen nicht in die Regulierung der Politikfelder eingreifen können und die Wahrnehmung der Querschnittsaufgabe Integration damit an Grenzen stößt.

Integrationspolitische Handlungsmöglichkeiten liegen jedoch bei der Beratung und der kompetenzorientierten Zuweisung von zugewanderten Jugendlichen, bei der am individuellen Bedarf orientierten Weiterleitung von Schüler_innen zwischen den Berufskollegs („virtuelles Berufskolleg“) und bei dem Austausch zwischen den Akteuren. So halten einige Berufskollegs „Übergangskonferenzen“ ab, in denen Lehrkräfte und Vertreter_innen von Arbeitsverwaltung und Jugendhilfe gemeinsam Perspektiven für die einzelnen IFK-Absolvent_innen besprechen; in anderen Fällen gibt es Veranstaltungen zur Information von Lehrkräften und Jugendlichen. Solche Projekte werden oft von den Vernetzungsinstitutionen initiiert, die ihre Funktion somit oft über ‚weiche‘ Faktoren erfüllen, indem sie den Verantwortlichen in den einzelnen Politikfeldern Beratung und Unterstützung anbieten.

Konfliktpotenzial aufgrund von unterschiedlichen Leitbildern

Bei der Entwicklung von Übergangsperspektiven können die unterschiedlichen Leitbilder der einzelnen Politikfelder zu Konflikten führen. So fordert eine Berufsberaterin stärkere Anstrengungen für die Vermittlung von Jugendlichen in eine duale Ausbildung („Die Berufskollegs behalten viel zu viele in ihren Bildungsgängen.“), während eine Lehrkraft die mangelnde Berücksichtigung der Chancen schulischer Weiterqualifizierung kritisiert („Die Arbeitsverwaltung schickt die Jugendlichen lieber in ihre eigenen Maßnahmen als zu uns!“). Auch von unterschiedlichen Auffassungen zwischen Jugendhilfe und Jobcenter über den richtigen Zeitpunkt für die Berufsorientierung und den Stellenwert der sozialpädagogischen Begleitung wird berichtet: „Da gab es in Einzelfällen durchaus Streitpunkte im Sinne, nein, der einzelne Jugendliche ist noch nicht so weit, das ist eine Überforderung, ihn jetzt schon zu konfrontieren mit beruflichen Themen, wo wir [das Jobcenter] dann sagen: nein, das ist wichtig.“

Positive Kooperationserfahrungen ...

Mehrheitlich haben die Befragten jedoch positive Kooperationserfahrungen gemacht, wie ein Jugendamtsmitarbeiter zusammenfasst: „Bisher haben wir da auch immer eine Einnigung gefunden mit Agentur für Arbeit und Jobcenter, also ich kenne jetzt keinen von unseren Flüchtlingen, die gesagt haben, ich bin da in was hineingeraten, was ich irgendwie gar nicht wollte.“ Oft zeigt sich eine hohe Wertschätzung für die Arbeit der Akteure aus anderen Feldern. Bei unbegleiteten Minderjährigen sei es, so eine Lehrerin, „hilfreich, wenn Jugendhilfe mitkommt“, denn dann habe man „Ansprechpartner, die sich auskennen“; ein anderer Lehrer lobt die Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung: „Das ist gut, wenn die Arbeitsverwaltung bei uns im Haus berät.“ Die meisten Befragten aus der Arbeitsverwaltung weisen explizit auf die Bedeutung von Schul- und Berufsabschlüssen hin; ohne „marktgängigen Schulabschluss“ sei eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration nicht möglich: „Wir fördern das immer!“

... und strukturelle Probleme

In einigen Fällen, so berichtet ein Mitarbeiter eines Jobcenters, versuche man Jugendliche dabei zu unterstützen, eine Anerkennung für Schulabschlüsse aus dem Herkunftsland zu erhalten. Mehrere Befragte – auch aus den Berufskollegs – bedauern, dass die Wege der Anerkennung vor allem bei mittleren Schulabschlüssen langwierig und die angelegten Kriterien



zu eng seien, so dass der Bildungsweg von Jugendlichen mit fluchtbedingter Unterbrechung der Schullaufbahn gebremst werde. Hier – wie auch bei der mangelnden Möglichkeit des Schulbesuchs für über 18-Jährige – stößt der integrationspolitische Anspruch auf Grenzen der Regulierung im Schulsystem. Dies sei, so einige Befragte, insbesondere für Jugendliche mit höherem Bildungsanspruch problematisch. Daher wird oft nach pragmatischen Lösungen gesucht: Berufskollegs nehmen „prognostische Versetzungen“ vor, und Mitarbeiter_innen von Kommunalen Integrationszentren nutzen persönliche Kontakte: „Ich kenne einen Schulleiter, der nimmt die in die Oberstufe.“

Vom persönlichen Engagement zu systematischen Verfahren?

Auch in anderen Situationen, bspw. bei dem Übergang in Ausbildung, spielen informelle Beziehungen und individuelles Engagement eine Rolle, wie eine Lehrerin betont: „Der Übergang klappt nur über gute Kontakte.“ Wünschenswert sei es, dafür „Lotsen“ zu haben – vor allem für Berufsfelder, die am jeweiligen Berufskolleg nicht vertreten sind. Als hilfreich (aber nicht überall vorhanden) erweisen sich dabei Kontakte zu den Kammermännern, wo es oft Ansprechpartner_innen gibt.

Systematische Verfahren für die Begleitung von Übergängen sind deutlich seltener vorzufinden als Adhoc-Lösungen. In einer Kommune werden die Einzelfälle mit Unterstützung von Bildungsbegleiter_innen, die an den Schulen tätig sind, dokumentiert. Die Familien werden beim ersten Kontakt mit dem kommunalen Integrationsmanagement über das Verfahren informiert und gebeten, eine Einverständniserklärung für den Informationsaustausch zwischen den beteiligten Akteuren zu unterschreiben. In einer anderen Kommune berichtet die Leitung des Bildungsbüros über die Einbindung der Schulsozialarbeit, denn es sei „wichtig, sozusagen in diesem Prozess mit drin zu bleiben. Wir haben bei uns auch in den Verträgen zur Schulsozialarbeit mit verankert, dass wir die Jugendlichen unabhängig davon, welchen Status sie haben, ein halbes Jahr nach Verlassen der Berufskollegs noch weiter begleiten.“

Auf lokaler Ebene haben sich also vielfältige Formen der Vernetzung entwickelt. Chancen bestehen darin, Strukturen und Prozesse, die quasi im ‚Krisenmodus‘ entstanden sind, zu überprüfen, zu modifizieren, zu ergänzen und nachhaltig zu verankern. Dies ist wichtig, weil Integration Zeit braucht und nicht mit Maßnahmen der Erstförderung abgeschlossen ist. Darüber hinaus lassen sich positive Erfahrungen nutzen, um Kooperation in der vorbeugenden Sozialpolitik auch im Hinblick auf andere Adressat_innen weiterzuentwickeln.

Literatur und Anmerkungen

- 1 - Brettschneider, Antonio/Klammer, Ute, 2017: Kommunalisierung der Sozialpolitik – Chancen für präventive Konzepte? Editorial. In: Zeitschrift für Sozialreform 63 (2), S. 141-156. S. 144.
- 2 - Vgl. Köhling, Karola/Stöbe-Blossey, Sybille, 2017: Integration durch Bildung: Die Berufsorientierung jugendlicher Flüchtlinge als Querschnittsaufgabe. Internet-Dokument. Duisburg: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Forschung, Nr. 2017-04. S. 78 ff.
- 3 - Für eine Übersicht über den theoretischen Rahmen, der den Befragungen zugrunde lag, sowie zu einer Darstellung von Zwischenergebnissen vgl. ebd. Eine Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Studie findet sich in Köhling, Karola/Stöbe-Blossey, Sybille, 2018: Kooperation von Akteuren vorbeugender Sozialpolitik: Eine Analyse am Beispiel der Berufsorientierung jugendlicher Flüchtlinge. FGW-Studie, Düsseldorf (FGW-Studie VSP 13. URL: <http://www.fgw-nrw.de/studien/sozialpolitik13.html>); eine ausführliche Diskussion erfolgt in einer Buchpublikation im Verlag Springer VS.

Über die Autor_innen

Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey - Abteilungsleiterin der Forschungsabteilung Bildung und Erziehung im Strukturwandel (BEST), Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Universität Duisburg-Essen

Dr. Karola Köhling - Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Forschungsabteilung Bildung und Erziehung im Strukturwandel (BEST), Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Universität Duisburg-Essen

Impressum

Herausgeber: FGW - Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.), Kronenstraße 62, 40217 Düsseldorf, Telefon: 0211 99450080, E-Mail: info@fgw-nrw.de, www.fgw-nrw.de

Geschäftsführender Vorstand: Prof. Dr. Dirk Messner, Prof. Dr. Ute Klammer (stellv.)

FGW-Themenbereich: Vorbeugende Sozialpolitik

Prof. Dr. Ute Klammer, Vorstandsmitglied

Katja Jepkens, Wissenschaftliche Referentin

Layout: Olivia Pahl, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Förderung: Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

Erscheinungsdatum: Düsseldorf, November 2018

ISSN: 2510-4098

Erfahren Sie mehr in der Studie:

FGW-Studie Vorbeugende Sozialpolitik 13
www.fgw-nrw.de/studien/sozialpolitik13.html

